

**Mitregieren mit klaren Zielen**  
Ungleichheit und Prekarisierung entgegenwirken: Ein Gespräch mit Finnlands linker Bildungsministerin Li Andersson  
**Seite 3**

**Hart und bewegend**  
Vorsicht! Unzensurierte Bilder. Aber wer keine Lust auf Blut hat, kann sich beim Arabischen Filmfestival auch zurücklehnen.  
**Seite 9**

**Der große Agrarkonsens**  
Eine Zukunftskommission soll den Streit um die Landwirtschaft in geordnete Bahnen und konkrete Maßnahmen lenken.  
**Seite 15**

Nr. 205

Mittwoch, 2. September 2020

75. Jahrgang

Preis: 2,10 €

STANDPUNKT

**Antifa-Fahnen vor dem Reichstag**

Christian Klemm fordert eine andere Bannmeile vor dem Parlament

Immer mehr Menschen wenden sich von der Politik ab, haben resigniert, sind frustriert. »Die da oben machen doch eh, was sie wollen«, ist ein gängiger Satz, mit dem diese Abkehr oft begründet wird. Ausgerechnet in dieser Situation wird über die Erweiterung der Bannmeile am Reichstagsgebäude debattiert. Momentan wird sie nur an Sitzungswochen eingerichtet. Eine Ausweitung würde die Politikverdrossenheit in diesem Land verstärken, denn sie würde den Eindruck der Abgehobenheit der Politik verstärken. Die Meile wäre darüber hinaus Wasser auf die Mühlen derjenigen Politiker, die vorgeben, im Gegensatz zu den »etablierten Parteien« den »Willen des Volkes« zu vertreten. Eine weitreichende Verbotszone um den Bundestag wäre also ein Konjunkturprogramm für AfD und Konsorten.

Es stimmt: Die Bilder vom Wochenende sind nur schwer auszuhalten. Nicht wenigen ist durch den Anblick kotzübel geworden. Neonazis mit schwarz-weiß-roten Fahnen auf der Treppe des Reichstages sind aber ein Ausdruck des Rechtsrucks, der seit geraumer Zeit in Deutschland zu beobachten ist. Die Abschottung durch eine von der Staatsmacht durchgesetzte, erweiterte Bannmeile würde jedoch keinen einzigen Naziaufmarsch verhindern. Und ob Reichsflaggen nun vor dem Reichstag oder ein paar Meter weiter am Brandenburger Tor wehen, ist egal. Nicht egal dagegen ist, dass die extreme Rechte aufmarschiert. Das muss verhindert werden – und dazu ist eine dauerhafte Bannmeile um den Bundestag denkbar ungeeignet.

Wenn also die Rede davon ist, eine Verbotszone während einer rechten oder von rechts unterwanderten Demonstration einzurichten, dann muss die Bannmeile aus Antifaschisten bestehen. Denn Antifa-Fahnen sehen vor dem Parlament tausend Mal besser aus als diese schwarz-weiß-roten Lappen.

UNTEN LINKS

Satire darf alles – solange das die eigene Filterblase nicht platzen lässt. Wenn man bedenkt, dass so eine Filterblase wie eine Seifenblase sehr fragil ist, kann man sich leicht ausmalen, wie schnell man auf dem Seifenschaum zerplatzter Pointen ausrutschen kann. Und dann landet man entweder auf der Müllkippe, auf der gerade ABM-Maßnahmen für frühere Gesetzeshüter stattfinden oder verstrickt sich in schlimmste k.u.k.-Ressentiments, die dabei wunderbar gezuckert dahergesagert werden. Man darf ja alles – solange es niemanden interessiert. Sobald es aber jemanden interessiert, darf man das nicht mehr. Was »alles« genau ist, interessiert aber nur noch am Rande. Kein Wunder – wenn selbst der Erfinder des Spruchs von jener Körperöffnung, die zu zuhalten sei, solange man nichts Genaueres weiß, seinen Senf zu allem möglichen gibt. Nein, wenn Ironie verschwindet, ist es nicht mehr lustig. Am Mittwoch wird die Satirezeitschrift »Charlie Hebdo« zu Beginn des Prozesses wegen des Anschlags auf die Zeitung 2015 wieder Mohammedkarikaturen drucken. Hoffentlich hört man höchstens Filterblasen platzen. *stf*

**Mehr als ein bisschen Frieden**

Die Grünen waren mal Antikriegspartei, die Linke will es bleiben



Viele in der Linken sind sicher: Man kann nicht auf Demos Frieden fordern und in einer Regierung konkrete Forderungen fallenlassen.

Berlin. Der Weg der Grünen von der pazifistischen zur Kriegspartei ist vielen in der Linken heute stete Mahnung: Das soll uns nicht passieren. Zumal dieser Weg mit Lügen und Demagogie gepflastert war. So behauptete Joschka Fischer, damals Bundesaußenminister, das Nato-Bombardement im Kosovo 1999 sei nötig, um ein neues »Auschwitz« zu verhindern. Er fand eine Mehrheit in seiner Partei für diesen und weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr. So auch 2001 für jenen in Afghanistan, dem man, mit »Bauchschmerzen«, so die damalige Grünen-Gesundheitsministerin Andrea Fischer, zustimmte. Die US-Amerikaner, sagte sie, hätten 1945 die

Deutschen von den Nazis befreit, jetzt gelte es, die afghanischen Frauen vom Taliban-Terror zu befreien.

An diese Entwicklung der Grünen erinnern jetzt mehr als 75 Genoss\*innen der Linken in einer Erklärung zum Weltfriedenstag am 1. September. Zuvor hatten zwei prominente Politiker der Partei in Interviews signalisiert, die Forderung nach Beendigung aller Kampfeinsätze der Bundeswehr im Linke-Programm sei ein langfristiges Ziel und die Auflösung der Militärallianz Nato eher eine »Vision«. All das werde in Koalitionsverhandlungen »diskursiv« behandelt, hatte Linksfraktionschef Dietmar Bartsch erklärt.

In der Erklärung der Linke-Mitglieder heißt es, gerade angesichts des von SPD und Grünen Ende der 1990er Jahre mitgetragenen Umbaus der Nato »zu einem globalen Kriegsführungsbündnis« habe man damals beschlossen, die Auflösung des Militärpakts »auch durch konkrete Schritte mit zu befördern« und auf den Austritt der Bundesrepublik aus dessen militärischen Strukturen hinzuwirken. »Die Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Frage, wie wir zum Aufrüstungspakt Nato stehen, sind der Lackmusest unserer friedenspolitischen Glaubwürdigkeit«, schreiben die Unterzeichner des Appells. *jfr* **Seite 4**

**Belarussische Opposition organisiert sich**

Politikerin und Lukaschenko-Gegnerin Maria Kolesnikowa will eine neue Partei gründen

Die anhaltenden Proteste gegen Präsident Alexander Lukaschenko belasten die belarussische Wirtschaft immer stärker. Der von der Opposition ausgerufene Generalstreik blieb jedoch aus.

FELIX JAITNER

Mit einem »Tag der Solidarität« eröffnet die belarussische Opposition das neue Schuljahr. Ein für Dienstag geplanter landesweiter Streik sollte den Druck auf Präsident Alexander Lukaschenko weiter erhöhen. Doch der von den Organisatoren versprochene »größte Massenstreik in der Geschichte des Landes« blieb aus. Zwar berichtete das Internetportal tut.by, dass sowohl in einem Betrieb in Grodno als auch in einem Traktorenwerk in Minsk die Arbeit vorübergehend eingestellt worden sei, im Mittelpunkt standen am Dienstag aber die Studenten: Knapp 1500 von ihnen gingen gegen Lukaschenko auf die Straße, mindestens 20 Personen wurden festgenommen.

Die Proteste gegen den belarussischen Staatschef gehen bereits in die vierte Woche. Auslöser war die von Fälschungsvorwürfen überschattete Präsidentschaftswahl, die Lukaschenko zum sechsten Mal in Folge ge-

wann. Seitdem kommt es auch immer wieder zu Streiks. Das Onlineportal Belzabastovka.org zählt über 150, allerdings fallen darunter auch Protestaktionen, die zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen führten.

Nichtsdestotrotz verschärfen die Streiks die bereits angespannte Wirtschaftslage im Land. Die russische Wirtschaftszeitung »RBK« berichtet von Arbeitsniederlegungen in nicht weniger als 30 Betrieben mit einem Gesamtumsatz von 27 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Gegenüber der belarussischen Nachrichtenagentur Belta bestätigte der Wirtschaftsberater des Präsidenten, Walerij Belskij, durch die anhaltenden Proteste und Streiks entstünden voraussichtlich volkswirtschaftliche Verluste im Umfang von mehreren Milliarden US-Dollar. Wohl auch aus diesem Grund hatte die belarussische Regierung bereits vor zwei Wochen streikenden Arbeitern mit der Entlassung gedroht, bestreikte Betriebe sollen sogar vorübergehend geschlossen werden. Die autoritären Maßnahmen verschärfen die Proteste weiter. Bislang genoss Lukaschenko bei Arbeitern und Rentnern relativ großen Rückhalt.

Derweil gab die Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikowa die Gründung einer neu-

en Partei (Wmestje – Miteinander) bekannt. Die Partei soll all jenen eine Basis geben, die »Veränderung wollen«, sagte Kolesnikowa. Die 38-Jährige wurde als Wahlkampfleiterin des Ex-Bankenchefs Wiktor Babariko bekannt. Nach dessen Festnahme unterstützte sie die Kandidatur der Oppositionskandidatin Swetlana Tichonowskaja. **Seite 7**

**Bundestag soll besser geschützt werden**

Nach Aufmärschen wird Konzept für Sicherheit des Parlaments hinterfragt

Berlin. Der Schutz des Bundestagsgebäudes beschäftigt den Berliner Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD). Nachdem Demonstranten bis zu den Türen des Reichstagsgebäudes vorgedrungen waren, will Müller das Sicherheitskonzept des Regierungsviertels überarbeiten. Bisher gilt, dass es keine Bannmeile in sitzungsfreien Zeiten gibt. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele (Grüne) twitterte, das praktizierte Verfahren sei Ausdruck des politischen Austausches zwischen Bürger\*innen und Parlament. Er sprach sich gegen eine Bannmeile aus: »Triumph gönnen wir Rechtsextremen nicht.« Auch der rot-rot-grüne Senat in Berlin beschäftigte sich mit den rechtsextremen Vorfällen des vergangenen Wochenendes. Als Konsequenz aus den Erfahrungen mit den Aufmärschen der sogenannten Querdenken-Organisation wurde die Berliner Verordnung für den Infektionsschutz angepasst. Auf Demonstrationen mit mehr als 100 Teilnehmenden gilt in der Hauptstadt künftig eine Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung. *nd* **Seite 11**

**Arbeitslosigkeit bleibt unter drei Millionen**

Erwerbslosenquote in der Eurozone auf 7,9 Prozent gestiegen

Berlin. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im August erneut gestiegen – allerdings wie im Vormonat in saisonüblicher Höhe. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren 2,955 Millionen Menschen ohne Job, rund 45 000 mehr als im Juli und 636 000 mehr als vor einem Jahr. Damit blieb die Arbeitslosigkeit unter der Drei-Millionen-Marke. Die Arbeitslosenquote stieg binnen Monatsfrist um 0,1 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent.

Unterdessen stieg die Arbeitslosenquote in der Eurozone im Juli den vierten Monat in Folge und erreichte damit den höchsten Stand seit November 2018. Die Quote habe um 0,2 Prozentpunkte auf 7,9 Prozent zugelegt, teilte das Statistikamt Eurostat am Dienstag in Luxemburg mit. Damit waren zuletzt 12,8 Millionen Menschen in der Währungsunion ohne Arbeit. Analysten hatten wegen der Folgen der Coronakrise mit einem noch stärkeren Zuwachs der Arbeitslosigkeit gerechnet und eine Quote von 8,0 Prozent erwartet. *dpa/nd* **Seiten 2 und 13**

**Bundestag arbeitet Wirecard-Skandal auf**

Opposition einig über Einsetzung von Untersuchungsausschuss

Berlin. Die politische Aufarbeitung des Wirecard-Skandals soll ein Bundestags-Untersuchungsausschuss übernehmen. Nach FDP und Linke sprachen sich nun auch die Grünen dafür aus, wie der Abgeordnete Danyal Bayaz am Dienstag nach einer Sondersitzung des Finanzausschusses in Berlin sagte. FDP, Linke und Grüne haben zusammen die nötige Stimmenzahl für die Einsetzung. Auf die Stimmen der AfD, die ebenfalls dafür ist, wollen sich die anderen drei Fraktionen nicht stützen.

»Trotz der vielen Sondersitzungen und Fragenkataloge hat es die Regierung nicht geschafft, den Fall Wirecard lückenlos und gründlich aufzuarbeiten«, sagte Bayaz. Seine Fraktionskollegin Lisa Paus sprach von einem »regelrechten Abgrund beim Thema Lobbyismus beim Kanzleramt«. Laut dem FDP-Abgeordneten Florian Toncar ist es das Ziel, sich so schnell auf einen Arbeitsauftrag für den Ausschuss zu einigen, dass dieser kommende Woche in den Bundestag eingebracht werden könne. Der Linke-Abgeordnete Fabio De Masi geht von einer »sehr zügigen« Verständigung aus. *dpa/nd* **Kommentar Seite 10**



nd  
RATGEBER

Lesen Sie heute:

- Maskenpflicht Bußgeld bei Verstößen
- Mietrecht »Freier Blick« in Wohnung
- Reisestornierung Versicherungskosten retour?